Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“).

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 9,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583; Für Nachtgespräche 1580; Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394
Postscheckkonto: Berlin 25 432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die neungespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Aufträge sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 30. [58. Jahrgang.] Montag 20. Januar 1919. Morgen-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 30.

Der Verlauf der Wahlen zur Nationalversammlung.

Wahlsonntag.

Hier und dort ist der Versuch gemacht worden, die Wahlen zur Nationalversammlung nach außen hin mit einer Barnum-Propaganda nach amerikanischer Art auszustaffieren: Durch die Straßen ziehende Musikkapellen, Demonstrationszüge von Trägern mit Plakaten, deren Inschriften mehr unsinnigen als sinnigen Inhalts waren, Autozüge mit Parteianhängern, ein in der Zeit der Papiernot geradezu unsinniger Aufwand von Wahl-, Flug- und anderen Blättern, die sich auf den Straßen zu Bergen türmten, und was dergleichen sonst mehr ist jener marktschreierischen Methode. Die Wirkung blieb aus. Diese Form politischen Werbetreibens wirkte wenig anreizend. Dem Deutschen ist nun einmal die Wahl kein nervenkitzelndes Mittel, sondern Ueberzeugungssache, die er mit dem schweren Ernst anpackt und vollzieht, der seinem innersten Wesen entspricht. Zumal jetzt im vollen Bewußtsein der ungeheuren Bedeutung, die gerade dieser Wahl zur Nationalversammlung das Stigmatikon gibt.

Dieser Ernst hat auch den gestrigen Wahltag gekennzeichnet. Ein Tag — die letzten Zeiten haben uns wahrlich zu wenig solche geboten —, der wieder einmal echt deutsches Gepräge in die deutschen Lande trug: die würdige Stimmung eines Volkes, das sich der Notwendigkeit neuen Schaffens bewußt ist, das versteht und fühlt, daß manche verlorenen Tage wettgemacht werden müssen durch Taten, die uns wieder vorwärts bringen nach schweren Fehlschlägen. Nicht überall standen die Wahlen unter guten Auspizien: die Furcht vor Störungen war berechtigt nach den Ereignissen der letzten Zeit. Die Wahlen sind nicht ernstlich gestört worden; wenigstens nicht, so weit bisher Nachrichten vorliegen aus den mancherlei Orten des Reiches. In Bremen, in Leipzig, in Düsseldorf, in Cuxhaven, in Berlin und selbst in Posen hat man so ruhig gewählt, wie nur je in Friedenszeiten. Ruhig, wie in irgend einem stillsten Mittelstädtchen des Reiches, ungestört von terroristischer Machthaberei. Sie waren ausgelöscht für diesen Tag, die Spuren traurigen inneren Haderns und Streites von Deutschen wider Deutsche. Selbst diejenigen, die sich aus verbildeten Parteigrundsätzen heraus sträubten gegen Wahl und Nationalversammlung überhaupt, haben es nicht gewagt, sich dem machtvollen Marsch des Volkes zur Wahlurne entgegenzustemmen. Das Volk wollte wählen. Es hat gewählt. Im Bewußtsein ernster Pflicht, wie es deutschem Wesen ziemt.

Und alle sind sie gekommen. Keine Wahl noch hat einen solchen Wahleifer, eine so starke Wahlbeteiligung aufgebracht. 70 bis 80 vom Hundert aller Wähler schon bis Mittag an der Wahlurne! So kommen die Meldungen aus einer großen Zahl der Wahlorte. Stark auch der Anteil der deutschen Frauen, die zum ersten Male das Recht der politischen Stimme nutzten. Zahlreich die Beteiligung selbst da, wo, wie in der Ostmark, das Bekenntnis zum Deutschtum persönliche Gefahren schuf. Trotzdem und obwohl durch die Nichtbeteiligung der Polen an der Wahl jede Stimmabgabe ein Bekenntnis zum Deutschtum bedeutete, haben sie, die dort ausharren auf schon halb verlorenem Posten, sich nicht gescheut, dieses Bekenntnis abzulegen und so das Zustandekommen der Wahlen zu ermöglichen, Treu deutschem Wesen. Sie, wie das ganze Volk in dem festen Willen, die Pflicht gegen Reich und Staat zu erfüllen.

Und gerade dieses Pflichtgefühl, das überall sich zeigte, gibt dem Wahltag das Zeichen der Weihe. Ein Volk, das sich selbst treu blieb, das sich doch wieder besinnt, daß da, wo zum Aufbau des eingestürzten Staatsgebäudes geschritten wird, jeder einzelne, auch der Geringste mit Hand anlegen muß, ein solches Volk bietet die Gewißheit, daß der Aufbau auch vollzogen werden wird. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben uns ein gutes Stück dieses Weges vorwärts gebracht. Wir haben das Werk begonnen. Und wir werden es auch vollenden trotz aller der Fährnisse und Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind.

K.

Die Nationalwahlen in Berlin.

Unter einer Beteiligung der Massen, wie sie noch keine Wahl in Deutschland jemals zu verzeichnen hatte, sind am gestrigen Sonntag die Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin vor sich gegangen. Man hatte weder Mittel noch Material geschont, um alles auf die Beine zu bringen, was über 20 Jahre alt und somit wahlberechtigt war. Hatte man anfangs geglaubt, daß die Wahl selbst nach englischem oder amerikanischem Muster sich mit Tamtam, Umzügen, Riesenreklamen usw. vollziehen würde, so sah man sich in dieser Hinsicht angenehm enttäuscht.

Dank dem energischen Eingreifen Noskes, der für ausreichenden Schutz gesorgt hatte, verlief das Wahlgeschäft überall durchaus ungestört. Sieben Divisionen waren aufgeboten worden, um die Straßen und Plätze zu besetzen. Zwar sah man außer den Patrouillen nicht allzuviel bewaffnete Feldgraue auf der Straße. Aber überall waren starke Kommandos in Häusern und öffentlichen Gebäuden untergebracht, bereit, beim ersten Signal energisch einzugreifen. Vor den Häusern in denen sich Wahllokale befanden, standen meistens Soldaten der Republikanischen Soldatenwehr, um etwaigen Ueberraschungen vorzubeugen. Auch die Dächer hatten hinreichenden Schutz erhalten.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich rege. Fast überall hatten bis gegen 2 Uhr mittags 80 bis 90 Prozent der Wähler gestimmt. Die Wahlvorstände kamen bis in die Nachmittagsstunden aus der Arbeit nicht heraus. Der früher so gemütliche Verkehr zwischen Wahlvorstand und dem Wähler hatte aufgehört. Kaum das die Amtspersonen zu einem knappen Frühstück sich Zeit zu nehmen vermochten. Erst in den Abendstunden flaute der Betrieb etwas ab.

Die Feststellung der Wahlergebnisse macht bei dem weit größeren Umfang der 37 Wahlkreise und der weit höheren Zahl der abgegebenen Stimmen wesentlich größere Schwierigkeiten, so daß die Bekanntgabe der Resultate sich weiter hinausschieben wird, als bei früheren Wahlen. Vorläufig ist deshalb nur mit einzelnen Teilergebnissen zu rechnen.

Das Ergebnis der Wahl in Berlin

dürfte erst im Laufe des heutigen Montag bekannt gegeben werden, da die meisten Wahlvorsteher infolge Uebermüdung es ablehnten, noch am Sonntag Abend eine Auszählung der Stimmen nach Parteien vorzunehmen.

Aus folgenden Bezirken liegen Meldungen vor:

Stimmbezirk 103: Mehrheitssozialisten 607, Demokraten 181, Deutsch Natl. 135, Unabhängige 97, Christl. Vp. 75, Deutsche Vp. 118.

Stimmbezirk 2: Mehrheitssozialisten 590, Demokraten 212, Deutsch Natl. 97, Unabhängige 101, Christl. Vp. 71, Deutsche Vp. 90.

Ruhleben (Kreis Teltow): Mehrheitssozialisten 1028, Unabhängige 7, Demokraten 47, Deutsch Natl. 25, Deutsche Vp. 22.

Ruhlsdorf (Kreis Teltow): Mehrheitssozialisten 277, Unabhängige 23, Demokraten 15, Deutsch Natl. 45, Deutsche Vp. 7.

Neu-Buckow (Kreis Teltow): Mehrheitssozialisten 213, Unabhängige 68, Demokraten 93, Deutsch Natl. 99, Deutsche Vp. 34, Christl. Vp. 10, ungültig 4.

Wilmersdorf, 1. Bezirk: Mehrheitssozialisten 564, Unabhängige 152 die fünf bürgerlichen Kandidaten zusammen 234.

Soweit es sich übersehen läßt, hat die Abstimmung in Schöneberg eine starke Mehrheit für die Mehrheitssozialisten ergeben. Die Demokraten und Deutsch-Nationalen dürften sich etwa die Wage halten, während die Deutsche Volkspartei und die Christliche Volkspartei schlecht abgeschnitten haben. Auf die Unabhängigen sind verhältnismäßig sehr wenig Stimmen entfallen.

* * *

[Ueber den Verlauf der Berliner Wahlen berichten wir ausführlich auf Seite 3.]

Ruhiger Wahlverlauf im Reich.

In der Ostmark.

H. **Graudenz**, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wahlarbeit in den letzten Wochen war durch sozialistische Machenschaften schwer gestört. Es hatte sich eine Sprengkolonne gebildet, die fast jede bürgerliche Versammlung störte. Teilweise kam es zu tätlichen Angriffen. In den sozialdemokratischen Versammlungen wurden die Gegenredner am Sprechen durch ohrenbetäubenden Lärm verhindert. Infolgedessen gingen die bürgerlichen Parteien zu geschlossenen Versammlungen mit eingeladenen Gästen über. Außerdem wurde eine sehr rege, aber ziemlich kostspielige Hauspropaganda eingerichtet. Die Verhandlungen auf Listenverbindung der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei in Westpreußen hat sich zerschlagen. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen hatten ihre Listen vereinigt. Der Wahltag hatte unter ungünstigem Wetter zu leiden. Zu Beginn des Wahlgeschäfts wurden von sozialistischer Seite verschiedene Wahlstörungen versucht, indem den Zettelverteilern der bürgerlichen Parteien die Zettel entrissen wurden. Sofortiger Protest bei der Polizei und dem Arbeiter- und Soldatenrat sorgte für Abhilfe. In den Mittagsstunden hatte etwa die Hälfte der Wähler ihrer Wahlpflicht genügt. In den Nachmittagsstunden setzte der Schlepperdienst ein, so daß von der deutschen Bevölkerung bis 6 Uhr abends bereits 75 bis 80% gewählt hatten. Die Polen enthalten sich im allgemeinen der Wahl. In den Kasernen haben die Sozialdemokraten in den letzten Tagen eine sehr starke Propaganda entfaltet, was das Ergebnis der Stadt Graudenz stark beeinflussen dürfte.

kr. **Danzig**, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In Danzig war man für den Wahltag nach jeder Richtung hin gerüstet. Der Vollzugsausschuß hatte die Erklärung abgegeben, daß er für Ruhe und Ordnung sorgen würde. Infolgedessen trat die Bürgerwehr mit ihrer ganzen Reserve, gegen 800 Mann, in Tätigkeit und besetzte die über 150 Wahllokale der Stadt mit Wachen, während in der Hauptwache eine starke Reserve zurückgehalten wurde, der mit Maschinengewehre besetzte Automobile zur Verfügung standen, um auf Anruf sofort zum Eingreifen bereit zu sein. Dieses Eingreifen wurde aber nicht notwendig. Die Wahlen vollzogen sich in größter Ordnung. In den Vormittagsstunden war überall größter Andrang, vor allem von Wählerinnen, die angesichts der polnischen Gefahren durch ihre starke Wahlbeteiligung für ihr Deutschtum eintreten wollten. Die Polen, von den Mehrheitssozialisten eifrig umworben, erschienen nicht zur Wahl. Der sorgsam vorbereitete Schlepperdienst der Parteien trat nur in mäßigen Grenzen in Tätigkeit, da das Wahlrecht schätzungsweise von 90 bis 95 Prozent ausgeübt worden ist.

In den Hansestädten.

V. **Bremen**, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wahl in Bremen ist heute mit Bekanntmachung des Rats der Volksbeauftragten unter den Schutz der jetzigen Regierung gestellt worden und hat bisher einen vollständigen ruhigen Verlauf genommen. Am Vormittag wurden die Toten aus den Dienstagkämpfen beerdigt; es beteiligten sich einige tausend Personen an dem Begräbnis. Trotzdem war gerade in den ersten Morgenstunden die Wahlbeteiligung stark, und besonders vor den Wahlzimmern der Frauen stauten sich die Wählerinnen. In den Nachmittagsstunden ebbte der Wahlverkehr ab. Störungen sind nirgends bekannt geworden. Von den für Bremen in Frage kommenden Wahlvorschlägen des Bezirks Hamburg-Bremen-Stade sind beim Wahlkommissar vier miteinander verbunden erklärt worden: die Wahlvorschläge der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Sozialisten, die Wahlvorschläge der Deutschen Volkspartei mit denen der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg, in Bremen und in den Unterweserorten, sowie mit denen der Christlichen Volkspartei (Zentrum) und denen der Welfen; ferner die Wahlvorschläge der Deutsch-Demokratischen Partei in Hamburg mit denen der Deutsch-Demokratischen Partei in Bremen.

V. **Bremen**, 19. **Januar.** (Eigene Drahtmeldung.) **Bis abends 11 Uhr lagen in Bremen die Ergebnisse aus 17 Wahllokalen vor: Mehrheitssozialisten 7851 Stimmen, Unabhängige Sozialisten 5239 Stimmen, Christliche Volkspartei 313 Stimmen, Welfenpartei 30 Stimmen, Deutsche demokratische Partei (Bremen, Stade, Geestemünde, Bremerhaven, Unterweserorte) 4485 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei (Bremen) 300 Stimmen.**

Spartakus-Wahlstörungen im Rheinland.

S. **Duisburg**, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Während in Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Sterkrade die Wahl ungestört unter stärkster Anteilnahme der Bevölkerung verlief, wurde sie in Hamborn durch die Spartakus fast vollständig aufgehoben. Nach einem vorher ausgearbeiteten Plan zogen größere Banden, zum Teil bewaffnet, in die einzelnen Wahllokale, holten trotz des Protestes der Wahlkommissare die Urnen heraus und zerschlugen oder verbrannten sie auf offener Straße. Es kam dabei zu Schießereien mit den Leuten, die sich ihnen entgegenstellten. Unter dem Vorantritt einer Musikkapelle zogen die Spartakisten sodann zu den Orten Walsum, Dinslaken und Buschhausen, wo ebenso verfahren wurde. Auch in Wesel hatten die Spartakisten gedroht, eine halbe Stunde vor Abschluß der Wahl diese zu stören. Daraufhin hat der Abschnittskommadeur für militärischen Schutz gesorgt, so daß die Wahlen hier ungestört verlaufen konnten. Ergebnisse sind heute nicht zu erwarten, da erst morgen gezählt wird.

Dinslaken (Rheinprovinz), 19. Januar. Gegen 12 Uhr mittags kam ein Demonstrationszug von mindestens 1000 Mann von Zeche Lohberg zur Stadt gezogen, drang gruppenweise auf Kommando der Führer mit Stöcken bewaffnet in die Wahllokale ein und bemächtigte sich der Wahlurnen und Listen. Gegenwehr war ohne Waffen nicht möglich.

* * *

Cassel, 19. **Januar.** Die Wahlhandlung ist hier nirgends gestört worden, doch haben **einige Tausend Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben können**, da sich herausstellte, daß **aus den Wählerlisten eine Anzahl Seiten herausgerissen waren.**

In Sachsen.

△ **Dresden**, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In Dresden vollzogen sich die Wahlen zur Nationalversammlung unter äußerst starker Beteiligung aller Wahlberechtigten, vor allen der Frauen. Aus den ländlichen Wahlbezirken wird das gleiche gemeldet. In der ersten Hälfte der Wahlzeit hatten bereits durchschnittlich 70 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. In den ersten Stunden war der Andrang zur Urne so stark, daß Hunderte vor den Wahllokalen anstanden. Eine Störung der Wahl ist bis abends 7 Uhr nicht gemeldet worden. Auch in Pirna, dem Reich des Kommunisten Rühle, wo von den Spartakisten wiederholt mit der Verhinderung der Wahl gedroht wurde, ist alles ruhig verlaufen. Die Regierung hat verschiedene Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um einen Erfolg etwa vorbereiteter Wahlputsche unmöglich zu machen Es wird unmöglich sein, heute auch nur ein einigermaßen genügendes Teilresultat zu erfahren. Das städtische Wahl- und Listenamt rechnet damit, daß bis 11 Uhr die Ergebnisse nur aus ganz wenigen Wahllokalen vorliegen werden.

kg. **Leipzig**, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In Leipzig hat sich die Wahl mit beinahe verblüffender Ruhe abgewickelt. Nach den voraufgegangenen Arbeitslosendemonstrationen spartakistischen Anstrichs lagen gewaltsame Störungen des Wahlbetriebes nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit. Anscheinend ist eine stille Parole zur Vermeidung von Demonstrationen bei der Wahl erfolgt. Selbst die nicht gerade zart veranlagte „Leipziger Volkszeitung“ hat sich der Aufreizung zu Wahlstörungen enthalten, trotz der schaurigen Fettdrucksätze in ihrer letzten Wahlaufforderung wie „Rechnet ab mit der Blutpolitik der Ebert-Scheidemann und rächt die Opfer der Berliner Bluttage!“ Im übrigen war jedem Wahlvorsteher ausdrücklich militärischer Schutz vom Arbeiter- und Soldatenrat bei den geringsten Störungen zugesagt. Das Wahlgeschäft wickelt sich glatt ab. Die Wahlbeteiligung, auch der Frauen ist sehr stark.

B. **Leipzig**, 19. **Januar.** (Eigene Drahtmeldung.) **Vorläufiges Ergebnis aus 30 Bezirken Leipzig Stadt und Land: Demokraten 7844, Deutschnationale 2572, Zentrum 80, Mehrheitssozialisten 3957, Unabhängige 8879.**

* * *

Weitere Stimmungsbilder aus dem Reich siehe Seite 2.

Volk und Wahl.

Von

Oscar Müller.

Als die Revolution vom 9. November den ganzen äußeren Bau des Reiches zerstörte, Kaisertum, Dynastien, Reichstag, Bundesrat und Verfassung, Einrichtungen, über deren Beständigkeit wir gar nicht mehr nachzudenken gewöhnt waren, mit einem Male unseren Blicken entschwanden, als das Reich plötzlich nicht viel mehr war als eine geographische Tatsache, deren ideelle Ausgestaltung uns mit Sorge erfüllen mußte — in diesem Augenblicke erst wurde, wie es scheint, der deutsche Parlamentarismus geboren. Die Institution des alten Reiches, die in den Tagen des Glückes mit der größten Geringschätzung behandelt und beurteilt worden war, der Reichstag, hinterließ, wie sich bald zeigte, in dem Zusammenbruch die empfindlichste Lücke. Der Krone mochte mancher nachträumen, der ihre geschichtliche Bedeutung nicht missen will, sich von ihrem Glanz eigene Bedeutung abborgte oder in dem Schatten ihrer Mystik zu ruhen liebte; der Bundesrat war eine in seiner figürlichen Souveränität und in seinem hoch-staatsrechtlichen Geschäftsgang vom gemeinen Manne nie verstandene Behörde, die Verfassung ein Begriff, den die meisten Deutschen gar nicht oder nur als eine lästige, schnellstens zu vergessende Examenfrage kannten, — alles dies sah man stürzen, ohne das Bewußtsein, daß hier ein Untergang war, in dem wir notwendig selbst versinken mußten. Dieses Gefühl der vollkommenen und absoluten Identität zwischen Volk und Staatseinrichtung, zwischen Geist und Materie, Inhalt und Form hatten wir nur, als der Deutsche Reichstag aufhörte, zu sein, und als die Versuche, den Toten zum Leben zu erwecken, dem ironischen Gelächter der Revolution verfielen. Es zeigte sich, daß ein Volk monarchisch oder republikanisch, aristokratisch, plutokratisch oder demokratisch, gut oder weniger gut regiert werden kann, daß es recht und schlecht, unter welcher Form es auch sei, bestehen muß, daß es aber nicht ohne Parlament sein kann, weil dieses die moderne Seele jedes Staates überhaupt geworden ist. So sahen wir plötzlich die größten Verächter des Reichstags, Parteien, Stände und Klassen, die noch während des Krieges die Kritik des Parlaments bis zur Verneinung gesteigert hatten, den Ruf nach einer Vertretung des gesamten Volkes am lautesten erheben, weil sie mit allen denen, die das Parlament bisher als eine zwar mechanisch unentbehrliche, aber im Grunde verächtliche und lästige Einrichtung angesehen hatten, die schmerzliche Erkenntnis erlebten: wie der Mensch, der seinen Schatten verkaufte, unter den Menschen ein Verfemter war, so ist das Volk, das nicht mehr die Kraft und die Würde findet, einen einheitlichen Volkswillen darzustellen, gezeichnet und der Schlemihl unter den Völkern der Erde!

Der Kampf um die Nationalversammlung, der die Wintermonate anfüllte, der im demokratischen Süden leicht war, im politisch sterileren Norden aber erst in heftigen Bürgerschlachten siegreich werden konnte, war deswegen die tragende Idee der Revolution überhaupt, soweit sie nicht nur als zerstörende, sondern auch als schaffende Gewalt begriffen wird. Für keinen anderen Gedanken, auch nicht für den des Sozialismus, soviele Anhänger ihm aus persönlicher Not oder aus Not des Staates zugelaufen sein mögen, hätte sich in der tiefen seelischen Zerrüttung des deutschen Volkes ein Schwung aufbringen lassen, wie er nötig war, um die organischen Lähmungen des Krieges, die hysterisch-pathologischen des Bolschewismus zu überwinden und den Volkskörper zum ersten Schritt der Gesundung entgegen, zur Wahl, zu führen. Keine Parteibewegung, keine programmatische Werbung konnte dies zustande bringen, sondern aus der Tiefe des einfachsten Staatsempfindens mußte es aufsteigen, daß es so nicht weiter gehen könne, daß eine Vertretung des ganzen Volkes geschaffen werden müsse, in deren Hände der einzelne seine öffentlichen Rechte und Sorgen legt. Niemand, außer dem berufsmäßigen Politiker, hat die Zeit, sein Leben mit der Regelung seiner Beziehungen zum Ganzen zuzubringen. Die Rückkehr zum Geschäft, zur Arbeit, zur Scholle und Familie bedingt die politische Advokatur des Parlaments. Dieser positive Inhalt der Phrase von der staatsbürgerlichen Selbstbestimmung ist es, die in Bürger, Soldat, Bauer und Arbeiter die Sehnsucht wachrief, endlich einmal wieder unbehelligt zu bleiben von der stündlichen Sorge, ob nicht ein Haufe energischerer Gegeninteressenten mit dem Staatswagen davonkutschiere, und endlich wieder einmal zu wissen, daß irgendwo im vollen Lichte der Oeffentlichkeit der Prozeß der ineinandergeschlungenen privaten und staatlichen Interessen verhandelt wird. So viel kleine und kleinliche Spekulationen sich an das Verlangen nach der Nationalversammlung gehängt haben mögen, so unbewußt bei vielen der geschilderte Denkvorgang auch sei, so ist doch sicher, daß nichts die große Mehrheit des Volkes so empörte als der Versuch, an die Stelle des Parlaments die Partei, an die der Staatszugehörigkeit das Mitgliedsbuch, an die Stelle des Ganzen einen arroganten Teil, für die Oeffentlichkeit das Dunkel in Konventikeln, für den politischen Ehrgeiz die unkontrollierbare Korruption zu setzen. Wenn die moralisch völlig aufgelöste Armee, das schlecht behandelte Offizierkorps, die in ihrer Existenz bedrohte Beamtenschaft, das scheue, flüchtige Bürgertum sich zuletzt mit dem positiv und staatlich denkenden Teil der Sozialdemokratie zur entscheidenden Tat einigten, so ist in dieser Erscheinung nicht ein dunkles, gemeinsames Interesse von Reaktion und verbürgerlichter Proletarierpartei, kein Verrat von irgendeiner Seite zu erblicken, sondern lediglich das allgemeine und spontane Gefühl, daß in der Nationalversammlung erst das Instrument geschaffen werden müsse zur vollen Geltung des einzelnen im Staate und des Staates nach außen.

Die Erfahrungen der letzten Monate vermittelten uns diese Erkenntnis mit fast aufdringlicher Deutlichkeit, so daß uns kaum Genugtuung über politische Reifung, sondern